

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Vorstelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Reichspost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. **Postfachkonto Nr. 53 477.**

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13008.

Anzerate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorrat 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Anzerate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilenuflage 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Keine sozialistische Republik.

Die unnötige Revolution.

Weimar, 13. Februar.

Und abermals wurde aus Rede und Gegenrede ein Tag der Nationalversammlung, ein Schöpfungstag, in dem am Werke des deutschen Freistaates gearbeitet wurde. Und die deutsche Bourgeoisie kann befriedigt schmunzelnd sagen, daß das Werk gut war, d. h. für sie!

Die neue deutsche Regierung wurde heute dem Parla- mente vorgestellt, ihr Programm wurde verkündet, und die Sprecher der beiden bürgerlichen Stützen des neuen Systems gaben ihren Segen. Nicht umsonst! Ihr Segen war zugleich Exorzismus, Teufelsaustreibung. Der sozialistische Teufel wurde vom christlichen wie vom Bourgeois-Demokraten kräftig beschworen, gänzlich und für immer auszu- fahren aus dem Leibe des Neugeborenen.

Die Zeremonie ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Herr Gröber machte aus seinem Herzen keine Würde- grube. Er sprach das Wort, das die Lage besser kennzeichnet als alles andere, was in dieser Sitzung gesagt und zwischen- gerufen wurde, das Wort von der unnötigen Revolution.

Er konnte diesen Ausdruck wagen in dem Parlament, das sein Dasein dieser geläuterten Revolution verdankt. Er konnte ihn wagen vor einem Parquet von Abgeordneten, das zu mehr als einem Drittel aus einer Partei besteht, die sich sozialistisch nennt und beansprucht, die Triebkraft dieser Revolution gebildet zu haben und schließlich Hüter und Schildhalter ihr zu sein. Er konnte diesen Ausdruck tun und ihn unterstreichen und ausführen, ohne daß ihn ein donnernder Aufschrei empörten Protestes am Weiter- sprechen hinderte, ohne daß 165 angebliche Vertreter proletarischer Wähler wie ein Mann ausstrangen und die Fäuste ballten. Er durfte das Heiligtum und die Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse schmähcn, ohne daß eine Explosion des Jornes ihn von der Redefanzel segte.

Der schwäbische Zentrumsmann wußte das. Er hatte nichts zu befürchten. Er kennt seine Leute. Er weiß nur zu gut, was er von der revolutionären Gesinnung der Rechts- sozialisten zu halten hat. Diesen Herren ist das Angeheuer- liche dieses Ausspruches in dem Munde des Vertreters einer Partei, die die durch die Revolution geschaffene Regierung mit stellt und stützt, wohl kaum zum Bewußtsein gekommen. Denn die Denkwelt des Herrn Gröber ist von der ihrigen gar nicht so sehr entfernt. Es sind sicherlich nicht wenige unter ihnen, die im Stillen meinen, es wäre viel bequemer und gemüthlicher gewesen, wenn die Entwicklung, die mit der Berufung des Prinzen von Baden einsetzte, in aller Gemächlichkeit weitergegangen und ihnen die Unruhe und Unordnung der Revolution erspart geblieben wäre. Wie sie den Glauben an den Sozialismus verloren haben, diese Herren Führer, so auch den an die Revolution. Deshalb sie sich denn auch ohne besondere Anstrengung mit Altkon- sulten und Bourgeois zu einem Kabinett zusammenlegen können. Natürlich hindert das nicht, daß sie vor der Revolution bei den passenden Gelegenheiten die traditionelle Reverenz machen.

Die Rede des Zentrumsprechers hatte übrigens nicht nur die eine schöne Stelle. Herr Gröber hielt es offenbar für notwendig, gleich zu Anfang vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß seine Partei bei dem Eintritt in die Re- gierung ihren Partnern den Daumen fest aufs Auge gedrückt hat. Er hat ihre Ansprüche mit einer Rücksichtslosig- keit angemeldet, die da deutlich zeigt und offenbar auch dem deutschen Volke zeigen soll, welche geringe Rolle der Sozialismus in der neuen Regierung spielt. Herr Gröber vertrat sich die Bezeichnung des neuen Staatsgebildes, das Deutschland jetzt darstellt, als sozialistische Republik. Er betonte nachdrücklich, daß die Regierung kein sozialistisches Götter- trage, sondern eine Koalitionsregierung, also ein gemischtes Wesen sei. Er gab nicht minder deutlich zu ver- stehen, daß der Republikanismus seiner mitregierenden Partei nur ein dünner Firnis ist, eine notgedrungene An- erkennung harter Tatsachen, unter dem der alte Royalismus schnell wieder zum Vorschein kommen würde, wenn andre Tatsachen dazu die Möglichkeit geben sollten. Scharf for- mulierte er den Widerspruch gegen die Tendenz zur ein- heitlichen deutschen Republik. Das Zentrum erklärt laut und trotzig, daß es an den föderalistischen Hemmungen sonder- perulitischen Entwicklung, an den partikularen Sonderheiten und Sonderrechten mit Zähigkeit festhalten wird. Sind sie doch die letzten Schlupfwinkel der Reaktion, die die christlichen Demokraten sorgsam zu erhalten gedenken. In ihnen soll die kirchliche Schule und die staatlich gestützte Kirche — Einrichtungen, die das Zentrum mit Zähnen und Nägeln verteidigen wird — ihre gesicherte Zuflucht finden.

Herr Raumann war nicht ganz so groß, wie Herr Gröber. Aber seine geistliche, gefeilte und mit nicht wenig Bildung getränkte Rede ist im Hauptpunkte doch genau dasselbe wie die derbe lapidare des Zentrumsführers. In der Absage an den Sozialismus nämlich, die Herr Raumann freilich sorgfältig in allerlei Verbrämungen und Verbeugungen einwickelte. Indes in der Sache läßt er nicht mit sich markten. „Sozialistische Experimente zugunsten einer Theorie“ werden entschieden abgewiesen und die So- zialisierung wird wegen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft als eine Sache angesehen, die noch un- möglich geworden sei, als sie es schon ohnehin von jeher gewesen sei. Dieser Vertreter des sogenannten sozialen Liberalismus, der immer Anspruch gemacht hat, für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse einen weiteren Blick zu haben als der Durchschnittsliberalismus, der den alten Manchester- geist nur erst unvollkommen abgestreift hat, vermag also nicht einmal zu erkennen, daß gerade die Not der Zeit den Sozialismus zur einzigen Rettung der großen Volksmassen stemmelt.

Den Rechtssozialisten wies Herr Raumann in Konsequenz seiner und seiner Parteigenossen Auffassung die Rolle des Bligableiters gegen weiter revolutionäre Spannungen zu. Die Bourgeoisie geht mit ihnen zusammen, will sie das Verbleiben der Rechtssozialisten in der Regierung für not- wendig hält, um die proletarischen Massen vertrauensvoll und hoffend zu erhalten, um sie nicht zu der bitteren Er- kenntnis kommen zu lassen, daß ihnen die Früchte der Revo- lution wieder entgleiten, wenn sie nicht selbst energisch nach dem Rechten sehen. Die Rechtssozialisten werden von der Bourgeoisie gebraucht, um den Sozialismus, um die Revo- lution zu ersticken. Und die neugeborenen Demokraten dürfen von sich sagen, daß sie ihre Leute für ihre Zwecke gut und passend ausgewählt haben.

Im übrigen zeichnete sich diese Rede des Sprechers der Demokraten dadurch aus, daß sie weit mehr die nationale Note anschlug als die demokratische.

Die Exkurse Raumanns in die deutsche Vergangenheit, seine respektvollen Verneinungen vor den deutschen Fürsten- hüten zeigen, daß der Republikanismus seiner Partei nicht viel nützt und stichfest ist als der der Altkonsulten. Die Demokratie kann dieser Koalition ganz gewiß nicht das Haupt ruhig in den Schoß legen.

Damit wäre das weentliche des „großen Tages“ skizziert. Doch richtig: Zu Anfang trat auf Herr Philipp Scheide- mann, proklamierte das Regierungsprogramm und verlas Erläuterungen dazu. Anfangs sehr trocken und schwunglos, auch als er später etwas polemisch gegen die Rechte wurde, sagte er seine Sprüche wider die Al-

deutschen und den Hazardeur des Weltkrieges ziemlich nüchtern auf. Warm wurde er erst, als er gegen die Unabhängigen loszog. In dieser Rolle des Bekämpfers der entschiedenen Sozialisten fühlt sich der neue Ministerpräsident offenbar in seinem Element. Das kennzeichnet ihn, so wie die Hal- tung der bürgerlichen Regierungsbestandteile die Rolle der Rechtssozialisten bestimmt. Und deswegen verdient die Scheidemann'sche Rede zu lesen zu werden. Sonst wär's nicht nötig, denn über allgemeine Allgemeinheiten ist diese Programmrede nicht hinausgekommen.

Meisterstücke der Verschommenheit sind im Programm zum Beispiel die Sätze über das neue Heer, in denen jede Andeutung über die Regelung der Kommandogewalt fehlt. Es ist überhaupt das Programm des Auswei- chens. Wo es sich um Entscheidungen über die wichtigsten Probleme handelt, die die Revolution aufgeworfen hat, wo die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat aufkaffen, da macht dieses Programm einen Bogen. Von Schule und Kirche sagt es einfach nichts. Und noch kenn- zeichnender als dieses Stillschweigen ist das Verlegenheits- nestammel, das es über die Sozialisierung aus- zutage fördert. Es ist im Grunde genommen der offene Verzicht. Indes würde man dieser Regierung unrecht tun, wenn man ihr vorwerfen wollte, sie habe kein Programm. O ja, sie hat schon eines. Und ein sehr ausgesprochenes. Herr Gröber hat es verkündet. Es steht in seinem Worte von der unnötigen Revolution. Sie ist allerdings unnötig gewesen, wenn ihr Ergebnis nichts weiter sein soll als das, was diese Regierung tun will, was diese National- versammlung schaffen will. Sollte das die Frucht des 9. Nov. sein, so hätte sichs allerdings der Mühe nicht verlohnt.

Der Unterschied der neuen „demokratischen Republik“ von der Monarchie, die mit den Reformen des Prinzen von Baden hergestellt wurde, wäre allerdings so gering, daß sich kaum ein Unterschied entdecken ließe. Deswegen wäre der 9. November allerdings sinnlos gewesen, wenn er nicht ein neues Prinzip aufgestellt hätte. Die deutsche Arbeiterklasse hat sich nicht erhoben, um die Bourgeoisie in den Sattel zu setzen, sie ist für ihre eigene Sache auf- gestanden. Und wenn ihr jetzt gesagt wird, daß ihre Revo- lution unnötig gewesen sei, so heißt das, daß sie das nicht erreichen soll, was ihr als das Ziel der Revolution vor- geschwebt hat. Darum recht der Kampf; um ihn zu ge- winnen, muß sie sich wappnen. Das Wort von der un- nötigen Revolution aber soll man über die Lippe der neuen Minister, über das Programm der Koalition setzen. Es wird wie kein anderes die deutschen Arbeiter stetig daran erinnern müssen, was sie noch alles in ihrem Revolutions- werke nachzuholen haben.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Die Feindseligkeiten gegen die Polen sind einzustellen.

Berlin, 13. Februar. (W. Z. V.) Die französische Delegation in Spa hat am 13. Februar, morgens 8 Uhr 30 Min., telephonisch die deutsche Vertretung in Spa benachrichtigt, daß vom französischen Generalstab, General Wehgang, bei ihr folgendes Telegramm eingelaufen ist:

„Der am 10. Januar erneuerte Waffenstillstand läuft am 17. Februar ab. Die Verlängerung über diesen Termin hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens ist von den allierten Regierungen nicht bewilligt worden. Infolgedessen haben sich die allierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Verein- barungen vom 11. November, 18. Dezember und 16. Januar ge- troffen haben, zu einer Konferenz zu vereinigen, um über die Ver- längerung des Waffenstillstands über den 17. Februar hinaus zu beschließen.“

Das Oberkommando der Allierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, die Konferenz am 14. Februar, nach- mittags, in Trier stattfinden zu lassen, und zwar unter denselben Umständen wie im Januar. Es wird um unverzügliche Antwort gebeten.“

Die Abreise der deutschen Delegierten erfolgt heute nachmittags um 4 Uhr vom Anhalter Bahnhof in einem Sonderzug. Staats- sekretär Erzberger, der von Weimar kommt, trifft mit den Berliner Mitgliedern und Kommissaren in Kassel zusammen.

Paris, 13. Februar. Nach einer Kavalmessung wird es das hervorhebendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf eine kurze Frist, sondern endgültig bis zur Unter- zeichnung der Friedenspräliminarien abgeschlossen wird. Der Oberste Kriegsrat war der Ansicht, daß der provisorische Nodus viendelt weder für Deutschland noch für die Entente länger von Wert sei und daß es besser sei, das Bestreben in den Verhandlungen der beiden Parteien zu befestigen. Seit dem 11. November konnten die

Allierten in der Tat Deutschland aus der Nähe prüfen und sich genau vor seinen wirklichen Kräften ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen. Sie müssen in der Lage sein, von ihm die Ausführung seiner Verpflichtungen zu erreichen, ohne das Zwangsmittel der allmonatlichen Erneuerung des Waffenstillstandes zu gebrauchen, das gleich einem Damokles'scher Schwert über Deutschland schwebt. Anderer- seits wurden die Allierten genötigt, um so ernsthafte Anstrengun- gen zu fordern, als der Waffenstillstand länger dauern würde. Sie haben die Grundzüge Willens angewandt, nach denen es Deutsch- land unmöglich gemacht werden müsse, den Krieg wieder zu beginnen, und monatelang die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente nicht durch häufig wiederholte Waffenstillstandsbesprechungen ver- zögert werden sollten. Ferner wurde der energische Wunsch Clemens- ceaus verheißt, Frankreich gegen feindliche Ueberrumpfung zu schützen, den er in der letzten Sitzung des Kriegsrats ausdrückte. Wilson hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Nach Anhörung der militärischen Sachverständigen nahm der Kriegsrat schließlich folgende Entscheidung an:

Der gegenwärtige Waffenstillstand wird am 17. Februar für sehr kurze Dauer erneuert werden, mit der Absicht für die Allierten, ihn jederzeit aufzuheben, sobald die Allierten nicht er- füllt werden, zu denen die vorher von den Deutschen nicht aus- gesprochenen, sowie die Verpflichtung für ihr Heer, unverzüg- lich die Feindseligkeiten gegen die Polen einzustellen und nicht eine festgesetzte Frist zu überfahren. Während einer kurzen Frist wird eine Sonderkonferenz endgültig die Bedingungen für den neuen Waffenstillstand redigiert haben, der diesmal bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gelten wird. Die Bedingungen sind scharf und sollen vor allem die Demobilisierung und Entwaffnung Deutschlands unter Kontrolle der Allierten ins Auge fassen. Deutsch- land wird dann mit neuen Waffenstillstandsbedingungen befaßt werden. Die Nationalversammlung in Weimar wird bis zwischens- bis zum Erlöschen des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen vermögen.